

Konferenz :
Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Konrad-Adenauer-Stiftung und KfW Entwicklungsbank laden Sie herzlich ein zur Konferenz

„Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht: Elemente von Good Governance“

am 9. Februar 2012

in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Tiergartenstraße 35, Berlin.

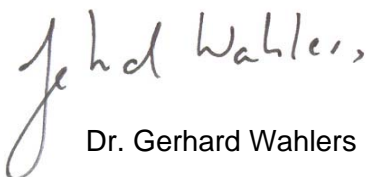
Beim Gipfel in Busan hat die Bundesregierung die Steigerung der Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit als wesentliches Element einer neuen politischen Ausrichtung betont. Ebenso nennt die Abschlusserklärung von Busan Transparenz und Rechenschaftspflicht als eines der vier gemeinsamen Prinzipien der neuen Partnerschaft für Entwicklung. Hierbei geht es entscheidend auch um die Stärkung der Rechenschaftspflicht gegenüber der Zivilgesellschaft sowohl in den Partnerländern als auch in Deutschland. Wie diese Vorgaben umgesetzt werden können und welche politischen Leitplanken hierfür gelten, ist das zentrale Thema dieser Konferenz.

Die Veranstaltung wird aus zwei aufeinanderfolgenden Paneldiskussionen am Nachmittag bestehen, gefolgt von einer Abschlussveranstaltung am Abend. Die mit erfahrenen und hochrangigen Experten besetzten Panels werden grundlegende Prinzipien herausarbeiten. Wir laden Sie ein, diese mit den Panellisten zu debattieren. Fragen z.B. nach den besonderen Herausforderungen ergebnisbasierter Ansätze und nach der Einbindung von Parlamenten und Zivilgesellschaften in den Partnerländern werden die Gelegenheit geben, innovative neue Ansätze in der Debatte zu vertiefen. Ebenso können Erfahrungen der langjährigen Entwicklungszusammenarbeit in die Gestaltung dieser Ansätze einfließen.

Sollten Sie weitergehende Fragen zu der Veranstaltung haben steht Ihnen Herr Sebastian Baret Fuchs (sebastian.fuchs@kas.de, 030-26996-3467) gerne zur Verfügung.

Wir laden Sie herzlich ein und freuen uns auf eine rege Diskussion.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
Konrad-Adenauer-Stiftung



Doris Köhn
Direktorin Afrika und Nahost
KfW Entwicklungsbank

PROGRAMM

Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht

- Elemente von Good Governance -

Organisation: Konrad-Adenauer-Stiftung und KfW-Entwicklungsbank
Termin: 9. Februar 2012
Tagungsort: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Tiergartenstraße 35
10785 Berlin

Donnerstag, 9. Februar

14.00 Uhr **Eröffnung der Konferenz**

Dr. Gerhard Wahlers
Stv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Doris Köhn
Direktorin Afrika und Nahost der KfW Entwicklungsbank

14.15 Uhr **I. Panel: Ergebnisorientierung**

Sibylle Pfeiffer MdB
Entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Talaat Abdel-Malek
Co-chair, Working Party on Aid Effectiveness (WP-EFF), Paris

Thomas Kelly
Geschäftsführender Direktor für Entwicklungspolitik bei der Millennium Challenge Corporation

Dr. Joachim von Amsberg
Vizepräsident, "Operations Policy and Country Services" bei der Weltbank

Moderation: Doris Köhn
Direktorin Afrika und Nahost der KfW Entwicklungsbank

15.45 Uhr **Kaffeepause**

16.15 Uhr **II. Panel: Rechenschaftspflicht**

Volkmar Klein MdB

Berichterstatter der CDU/CSU für den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

*Owen Barder
Direktor für Europa am Center for Global Development*

*Dr. Claudia Warning
Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED)*

*Dr. Stephan Klingebiel
Leiter der Abteilung Bi- und Multilaterale Entwicklungspolitik am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik*

*Moderation: Dr. Wolfgang Maier
Stv. Hauptabteilungsleiter Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung*

18.00 Uhr

Thema:
Deutschlands Beitrag in der Internationalen Wirksamkeitsdebatte

Begrüßung:

*Dr. Gerhard Wahlers
Stv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Festvortrag:

*Hans-Jürgen Beerfeltz
Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Schlusswort:

*Doris Köhn
Direktorin Afrika und Nahost der KfW Entwicklungsbank*

19.30 Uhr

Empfang

Ergebnisorientierung und Rechenschaftspflicht

Elemente einer entwicklungsorientierten Regierungsführung

Die Steigerung der Wirksamkeit und die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) wird nicht zuletzt mit Blick auf die MDG Überprüfung 2015 international gefordert. Dabei setzen die knapperen Ressourcen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowohl die Geberländer, als auch die Partnerländer unter Druck, die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes der jeweils eigenen Bevölkerung transparent aufzuzeigen. Auch beim 4ten High Level Forum in Busan waren dies zentrale Themen der internationalen Gebergemeinschaft. In dieser Debatte werden eine Reihe neuer Ansätze, wie z.B. „Aid on Delivery“, „Performance-based Grant Systems“, als auch eine Verstärkung bestehender Instrumente, wie Output based Aid (z.B. durch Gutscheine im Gesundheitssystem) bis hin zu Reformen im Budgetprozess („result based budgeting“) von kommunalen und zentralen Regierungsstellen diskutiert. Daneben soll den bereits in der Paris-Erklärung gestellten Forderungen nach mehr Transparenz, Eigenverantwortung, Partnerausrichtung und Rechenschaftspflicht verstärkt Rechnung getragen werden. In der Veranstaltung soll diskutiert werden, welche Wege besonders erfolgversprechend sind und welche politischen und anwendungsseitigen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden müssen.

Panel 1: Mehr Wirkung durch ergebnisbasierte Ansätze?

Den ergebnisbasierten Förderansätzen liegt der Gedanke zu Grunde, Zahlungen stärker an bereits erbrachte Leistungen zu binden und an messbare, nachvollziehbare Indikatoren zu knüpfen. Dies soll sicherstellen, dass Entwicklungsgelder in Maßnahmen fließen, deren Wirkungen gesichert und sichtbar sind. Zu einigen Instrumenten liegen Erfahrungen vor, andere sind in Pilotansätzen getestet und einzelne fanden bisher kaum Anwendung in der Praxis. Zentrale Themen dieses Panels sind die Chancen, Herausforderungen und Grenzen für solche Ansätze, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind und welche Anforderungen daraus an die politische Ebene und an die Durchführungsebene zu stellen sind.

Leitfragen:

- 1) Ergebnisbasierte Förderansätze waren ein Kernthema in Busan: Wo steckt ihr Potenzial gegenüber bisherigen Förderansätzen?
- 2) Welche besonderen Herausforderungen sind mit diesen Ansätzen verbunden (Definition und Messung von Indikatoren, Vorfinanzierung in Staaten mit sehr knappen Ressourcen, Umgang mit unvollständigen Ergebnissen, Koordination unterschiedlicher Geber mit der Partnerregierung, etc. ...)
- 3) Welche politischen Implikationen ergeben sich, wenn aufgrund unzureichender Ergebnisse keine Auszahlung erfolgt?
- 4) Entwicklungszusammenarbeit fordert und unterstützt grundlegende Reformen z.B. im öffentlichen Finanzmanagement: Wie können ergebnisbasierte Förderansätze über längere Zeiträume wirken und gleichzeitig die von der Politik erwartete Sichtbarkeit der Geber ermöglichen?
- 5) Wie kann eine Zusammenarbeit zwischen Politischen Stiftungen und den Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit Transparenz in Hinsicht auf vereinbarte Ergebnisse erhöhen und der Zivilgesellschaft in den Partnerländern einen stärkeren Einfluss auf ihre Regierungen ermöglichen?

Panel 2: Rechenschaftspflicht als zentrales Element von Good Governance

Die Paris-Erklärung hat sich mit dem Ansatz der gegenseitigen Rechenschaftspflicht das Ziel gesetzt, Kontrolle, Unterstützung und die Partizipation der Öffentlichkeit zu fördern. Dabei ist die Legitimierung des Staates, sowohl auf zentraler als auch auf dezentraler Ebene, gegenüber dem eigenen Parlament und den Bürgern zentrales Element. Es wird aber auch abgestellt auf eine Rechenschaftspflicht der Geber- und Partnerländer untereinander. Schließlich besteht auch eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Zivilgesellschaft in den Geberländern, die eine transparente Darstellung der Wirkungen erfordert.

Leitfragen:

- 1) Wie können Parlamente und Zivilgesellschaften in den Partnerländern stärker in die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden und wie können Politische Stiftungen und die Durchführungsorganisationen der deutschen EZ dabei stärker kooperieren?
- 2) Wie bedeutsam sind staatliche Budgetplanung und Mittelverwendungskontrolle für die Rechenschaftspflicht und wie können diese verbessert und transparenter gestaltet werden?
- 3) Welche Rolle kommt Städten und Gemeinden bei der Erhöhung von Rechenschaftspflicht zu? Wie können diese durch Politische Stiftungen und Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden?
- 4) Ergebnisbasierte Förderansätze erfordern präzise formulierte Ergebnisindikatoren und eine sehr gute Datenqualität: Welchen Einfluss haben diese Ansätze auf die Rechenschaftspflicht und wie kann die Datenqualität verbessert werden?
- 5) Wie kann die Rechenschaftslegung gegenüber dem Wähler in Deutschland gestärkt werden und so Entwicklungspolitik stärker in der „Mitte der Gesellschaft“ verankert werden?